

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19301123

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo

Preis 15 A
mit „Rolf und Bett“

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 324

Donnerstag, 23. November 1930

56. Jahrgang

Skandalöse Ausbeutung der Lübecker Kindertragödie

Nationalsozialistisches Doppelspiel / Enthüllungen aus einer Ärztekonzferenz / Wo bleibt das Hamburger Gesundheitsamt?

Aus Lübeck wird uns geschrieben:
Lübeck erlebt zur Zeit ein tiefbetrübendes Schauspiel zu der furchtbaren Calmette-Katastrophe. Der Prozeß gegen die der schwersten Fahrlässigkeit beschuldigten Lübecker Ärzte, die auf Drängen der Sozialdemokratie sofort von ihren Ämtern suspendiert wurden, liegt zwar immer noch in weiter Ferne, weil das Reichsgesundheitsamt bis heute noch zu keinem abschließenden Gutachten kommen konnte. Ein Zustand, der in der gesamten Lübecker Öffentlichkeit helle Empörung hervorruft. Aber die Dinge haben sich nach einer anderen Richtung hin recht unerfreulich entwickelt.

Eine Anzahl geschäftstüchtiger Nationalsozialisten in Berlin hat es verstanden, sich an den Lübecker Elternauschuß heranzumachen, während die Lübecker Nazis sich schließend vor die schuldigen Ärzte stellten. Um dieses Doppelspiel fertig zu bringen, versprach man dem Elternauschuß alles mögliche, vor allem natürlich Geld. Und um dies Geld zu beschaffen — schenken tun die Nazis nichts — schickte man in Berlin Bittbriefe herum, in denen stand, die armen Säuglinge in Lübeck lägen in dem furchterlichsten Elend, ohne zureichende Nahrung und ohne Wäsche.

Zum Unglück für die Bittschreiber gelangte einer dieser Bittbriefe in die Hände der Lübecker Behörde, die nun daraufhin veröffentlichte, was sie bisher für die unglücklichen Kinder geleistet hat.

Aus diesen Zahlen ergab sich, daß der Staat Lübeck, der zuerst von der Sozialdemokratie erhobenen Forderung, für die durch unerhörte ärztliche Fahrlässigkeit erkrankten Kinder das Neueste zu tun, voll entsprechen hat.

Bis zum 1. November wurden bereits über 90.000 M für diesen Zweck ausbezahlt. Wäsche, Nahrungsmittel, Bettzeug wurden unentgeltlich geliefert.

Die gesamte ärztliche Behandlung ist völlig frei. Mütter wurden mit ihren Kindern auf Staatskosten an die See geschickt. In vielen Fällen wurde vom Staat eine Hausärztliche Hilfe gestellt.

33 Familien erhielten neue, sonstige Wohnungen, wobei der Staat bis zu 50 M monatlich dauernden Mietzuschuß trägt. Auch wo das Kind schon gestorben war nahm sich der Staat in vielen Fällen der durch die Pflege naturgemäß zermürbten Mutter an.

Wir Sozialisten halten das alles für eine selbstverständliche Pflicht des Staates; aber wir dürfen hinzufügen:

Ein rein sozialistischer Staat hätte für diese unglücklichen Familien nicht mehr leisten können.

Die Berliner Nazis aber, die Geld übrigens auch gern von Juden nehmen, und nebenbei für das von dem jüdischen Professor Friedmann erfundene Serum, das dem Calmette-Infekt sehr ähnlich ist, eine eifrige Propaganda entfalten, wollen mit dem Unglück ein Geschäft machen, und dazu sind ihnen die Lübecker Eltern gerade gut.

Sie sind leider nicht die einzigen. Kurz nach der Katastrophe kaufte in Lübeck ein Berliner Arzt Dr. Genter auf, der behauptete, im Besitz eines „Antiphthysin“ genannten Geheimmittels zu sein, das den mit der schrecklichen Tuberkulose infizierten Kinder allein Rettung bringen könnte. Dieser Dr. Genter brachte sich einen Herrn Jeun, der sich selbst als „Sozialpolitiker“ bezeichnete, mit, und diesen beiden gelang es, allmählich einen großen Teil der Calmette-Kinder in ihre Hände zu bekommen. Sie besuchten ungerufen die Eltern, erklärten ihnen, ihr Kind könne nur mit „Antiphthysin“ gerettet werden und brachten es in vielen Fällen fertig, die kleinen Patienten anderen Ärzten abzugeben.

Junächst erklärte Dr. Genter, das Kind müsse hundert Spritzen „Antiphthysin“ bekommen. Waren die hundert Spritzen verabfolgt, so erklärte er, weitere Spritzen bis zu 140 für not-

wendig. Auf diese Weise hat Dr. Genter, bis dahin ein Kassenzarzt mit bescheidenem Einkommen, bis heute an den Lübecker Säuglingen bereits 30.000 M verdient.

Für jedes einzelne behandelte Kind hat Herr Dr. Genter bis heute 1000 M liquidiert, während die Ärztkassen für die von den Lübecker Ärzten behandelten Kinder im Durchschnitt 100 M beitragen.

Diese Dinge erregten in Lübeck so heftiges Aufsehen, daß der Lübecker Senatsrat eine Ärzte-Konferenz einberief, zu der auch hervorragende Hamburger Ärzte hinzugezogen wurden. Das Ergebnis dieser Ärzte-Konferenz war vernichtend für Dr. Genter. Er weigerte sich nach wie vor, über die Zusammenfassung seines Mittels etwas mitzuteilen, mußte aber zugeben, daß das sogenannte Antiphthysin gar kein spezifisches Mittel gegen Tuberkulose sei. Es diene nur der allgemeinen Kräftigung. An Säuglingen ist es nachweislich niemals vorher probiert worden, über die Wirkung der Behandlung sagte das Gutachten der Hamburger Ärzte (Prof. Klein-Schmidt, Dr. Mögling, Fräulein Dr. Böker), die die Kinder nachuntersucht haben, daß es ihnen mindestens nicht besser geht, als den ohne hundert Spritzen behandelten Kindern.

Brüning verhandelt mit den Parteiführern

Neue Drohung mit Notverordnungen

Berlin, 22. November. Nach Abschluß der Reichstagsverhandlungen beginnen am kommenden Montag die Besprechungen mit den Führern der Reichstagsparteien wegen der parlamentarischen Erledigung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung. Zuerst werden die Vorhaben jener Fraktionen vom Reichskanzler empfangen werden, die der Regierung nahesteht.

Die Besprechungen beim Reichskanzler sollen so vor sich gehen, daß im Laufe der nächsten Woche sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, empfangen werden. Auch die Nationalsozialisten werden zu diesen Besprechungen eingeladen. Es heißt, daß der Reichskanzler von den Parteiführern verlangen wird, daß die 28 Sanierungsgehalte bis zum 21. Dezember die parlamentarische Erledigung finden.

Für die Spezialberatung in den Ausschüssen soll eine Frist von 14 Tagen gegeben werden. Die erste Beratung über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm soll drei Tage dauern und bereits in der Eröffnungsitzung am 3. Dezember beginnen. Für die zweite und

als schließlich von den Hamburger Ärzten medizinisch gefragt werden, denen Herr Genter nicht gewachsen war, verließ er das Konfilium.

Der Lübecker Staat hat keine Möglichkeit, Herrn Genter das Handwerk zu legen. Er wird aber dem Reichsgesundheitsamt diesen Fall vorlegen.

Unnötig, hinzuzufügen, daß Dr. Genter mit dem Berliner Nazi-Ausschuß die intimsten Verbindungen unterhält.

Diese ganzen Vorgänge haben in der Lübecker Bevölkerung einen völligen Stimmungsumschwung hervorgerufen. Die Empörung über die Verusche, das Unglück geschäftlich auszunutzen, ist so groß, daß der Schrecken der ärztlichen Katastrophe im Frühjahr darüber fast schon in den Hintergrund tritt.

Unter Lübecker Bruderorgan, das diese Dinge zuerst der Öffentlichkeit unterbreitete, erklärt dem gegenüber, kein noch so berechtigter Anwalt dürfe dazu führen, die Leistung in zugunsten der durch die unheilvolle Calmette-Fütterung erkrankten Säuglinge irgendwie zu beschränken.

Denn von den gestifteten Kindern können auch erst 42 als gesund und bezeichnet werden; 137 liegen noch immer krank darnieder und 73 bedarf der kühle Rasen.

Die dritte Lesung sind gleichfalls drei Tage vorgesehen, und zwar für die Zeit vom 19. bis 21. Dezember.

Für den Fall, daß sich im Reichstag keine Mehrheit für die einzelnen Gesetze findet, wird der Reichskanzler beschließen, seine Vorlagen auch ohne das Parlament in Kraft zu setzen.

Für den weiteren Fall, daß sich im Reichstag eine Mehrheit für die Aufhebung derartiger Notverordnungen finden würde, erwägt man „in sehr maßgebenden Kreisen“ den Gedanken, daß der Reichspräsident den Wünschen des Reichstages auf Wahrung seiner Rechte zwar entgegenkomme, daß er aber eine entsprechende Aufhebung solcher Verordnungen erst dann vornimmt, wenn der Reichstag selbst durch entsprechende andere, von der Reichsregierung gebilligte Maßnahmen dafür Sorge getragen habe, daß das Gesamtwerk der Sanierung nicht gefährdet werde.

Das heißt mit andern Worten, der Reichspräsident würde dem Verlangen des Reichstages seine Folge leisten und damit offen gegen das Parlament handeln!

Grimme greift ein!

Königsberger Universitätsrektor nach Berlin geladen

Berlin, 22. November. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erfährt, hat der preussische Kultusminister Dr. Grimme den Rektor der Königsberger Universität für mündlichen Berichterstatter über die Vorfälle an der Universität nach Berlin gebeten.

Weiter hat der preussische Kultusminister die Rektoren der Universitäten und Technischen Hochschulen zu einer Konferenz über schwebende Hochschulfragen eingeladen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erfährt, werden auf dieser Konferenz auch die Ausführungen einzelner Studentengruppen zur Sprache kommen.

Warnung an die Studenten

Berlin, 22. November. Der preussische Kultusminister Grimme sprach heute abend in einer stark bedrückten sozialdemokratischen Versammlung über das Thema „Demokratie und Diktatur“, wobei er unter anderem auch

auf den Fall des Kieler Universitätsprofessors D. Baumgarten anspielte, dem bekanntlich wegen seiner pazifistischen Einstellung von dem Nationalsozialistischen Landesserrat vorgeordnet wurde.

Der Minister betonte, daß der Staat heute Polizeihilfe zum Schutze der Professoren gegen die Totenkörper der akademischen Freiheit in Anspruch nehmen müsse.

Wenn hinter die akademische Freiheit, so betonte er, durch das Vorgehen mancher Studentenvereine erst das Todesgeheimnis greife, dann würden diese Studenten sehen, daß dieses Kreuz doch einen erheblichen Haken habe.

Lehrfreiheit und Hakenkreuzgegnung seien eine Gleichung, die nicht aufgehen könne. Denn Lehrfreiheit heißt Letztendlich voraussetzungslos verweigern oder bezeugt die Ideen der Letztgenannten.

Unmittelbar nach der Rede des Ministers wurde von gegnerischer Seite Tränengas abgegeben, so daß die Versammlung vorzeitig abgebrochen werden mußte. Der mutmaßliche Täter mußte vor den erditterten Versammlungsteilnehmern von der Polizei in Schutzhaft genommen werden.

So sah sie das mächtige, plumpe Schiff des Ehestandes auf das zerbrechliche Rennbrot ihres Strebens zutreiben und steuerte umher in verzweifelten Kreisen.

Dann erlitt ihr Vater den nervösen Zusammenbruch, den er so reichlich verdient hatte. Der Arzt verschrieb Ruhe. Claire übernahm die Pflege. Er wollte nicht reisen. Jedenfalls wollte er nicht ans Meer oder in die Berge der Adirondacks. Da jedoch ein Zweig seiner Gesellschaft in Minneapolis war, lockte ihn Claire wenigstens dahin.

Claire hatte den Kreis ihrer Freundinnen oft zu lenken verstanden, in all den untereinander wohlbekanntesten Gesellschaftskreisen von Brooklyn Heights als „Jeff“ bekannt. Jeff Sarton war neununddreißig und Claire dreißig. Er war sauber und ruhig; er hatte anscheinend weder Laster noch Lannan. Eigens für Jeff schien das symbolische Jadedeck gefunden worden zu sein, die kalten graue Soße und die moralische, ungefähre Welle. Er hatte eine Universität von gutem Ruf absolviert und er hatte eine gute Stimme, eine gute Familie, gute Hände und guten Erfolg bei einem New Yorker Kupferunternehmen. Nichts freude, kluge oder arme Leute fragten an ihn, so sah sie Jeff, ehe er antwortete,

Die Ratten

Von Professor Dr. W. Hauser, Freiburg.

Im Laufe der letzten Zeit bin ich wiederholt nach dem Stand des Ermittlungsverfahrens gegen die Firmen Krupp und Thyssen befragt worden. Vor bald einem Jahr ging durch die ganze deutsche Presse die aufsehenerregende Nachricht, daß gegen die beiden genannten Firmen vom Oberreichsanwalt ein Verfahren wegen Landesverrats, begangen während des Weltkrieges, eingeleitet worden sei. Der Oberreichsanwalt erklärte am 22. Februar dieses Jahres, daß über die Schritte, die ergriffen worden seien, im Interesse der Unteruchung noch nichts mitgeteilt werden könne. Nun, ich glaube und befürchte, daß auch weiterhin über diese Dinge nichts in die Öffentlichkeit gelangen wird; denn es wäre doch gefährlich, wenn jetzt, zwölf Jahre nach dem Kriege, nochmals in all die dunklen Geschäfte, die während des Krieges von Feind zu Feind getätigt wurden, hineingeleuchtet würde. Wenn die Passifisten auch kein Interesse daran haben, daß dieser oder jener der Großindustriellen und Händler, deren Geschäft es war, Waffen an Feinde und Feinde zu liefern, nachträglich vor den Richter gerufen wird — so haben wir und ganz besonders die heranwachsende Jugend, die ja im kommenden Krieg wieder für die Dividenden der Rüstungsindustrie sich opfern soll, doch das größte Interesse daran, zu erfahren, ob es wahr ist, daß der Weltkrieg nur deshalb vier Jahre lang dauern konnte, weil die Industriellen der einander feindselig gegenüberliegenden Länder mit Wissen der Regierungen oder jedenfalls unter ihrer schweigenden Duldung sich gegenseitig belieferten und mit den notwendigen Waren aushalfen.

In unserem Kampfe gegen den internationalen Waffenhandel sind wir auch neuerdings durch den französischen Außenminister Aristide Briand unterstützt worden, als er der Abordnung der internationalen Frauenliga in Genf erklärte:

„... aber das, was die gegenwärtige Lage so schwierig gestaltet, ist die Tatsache, daß zwei Interessen gegen den Frieden arbeiten. Es sind die Munition- und Waffenfabrikanten. Sie arbeiten alle gegen den Weltfrieden.“

So ist es heute, und so war es vor dem Kriege, und was das furchtbare ist, ganz besonders während des Krieges, als die Völker glaubten, ihre Besten für das „Vaterland“ opfern zu müssen. Wenn die oberste richterliche Instanz in Deutschland im Laufe dieses Jahres sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt hat, so wird sie zu der Erkenntnis kommen sein, daß, wenn die Völker all das wüßten, was von den „Ratten“ in der Kasse und im Hinterland an Verbrechen begangen worden ist, sie gemäß mit in den Ruf einstimmen würden:

„Alle 100.000 Mann gegen die Ratten!“

Von ganz besonderem Interesse dürfte für uns wie auch für die maßgebenden juristischen Instanzen heute die Frage sein, wie man während des Krieges von Seiten der Juristen über diesen Handel mit dem Feinde geurteilt hat. Viel ist allerdings über diese Dinge in der Presse während des Krieges nicht erschienen; dafür sorgte schon die militärische Zensurbehörde! Das Wenige, was uns aber im Laufe der Jahre bekannt wurde, genügt schon, um zu zeigen, daß man in maßgebenden Kreisen den Handel mit dem Feinde auch während des Krieges nicht als Landesverrat behandelte.

Zwar waren schon im Januar 1915 im Hamburger Echo sowie im Berliner Tageblatt alarmierende Berichte aus Kopenhagen erschienen, wonach in den nordischen Staaten ein blühender Handel getrieben wurde von Deutschen und russischen Agenten, die den Verkauf ganzer Eisenbahnzüge voller Drehbänke aus Deutschland nach Rußland vermittelten. Und es brachte das Berliner Tageblatt am 23. Januar 1915 einen Artikel von Justizrat Freudenthal mit der Ueberschrift:

„Warnung vor strafbaren Lieferungen nach Feindesland“. Der Verfasser nahm in dieser Frage den Standpunkt ein, den jeder normaldenkende Mensch einnehmen muß, nämlich den, daß jeder Handel mit dem Feinde, auch der durch Vermittlung eines Neutralen, strafbar sei, da dieser Handel der feindlichen Macht Vorstoß leistet. Aber scheinbar war das, was Justizrat Freudenthal sagte, nicht für alle Kreise so selbstverständlich, sonst hätte es wohl nicht dieses großen Artikels bedurft, und vor allen Dingen hätte es wohl der damalige Syndikus der Lübecker Handelskammer, Herr Dr. Wallroth, nicht für nötig erachtet, in der Deutschen Richterzeitung vom 1. Mai 1915 in einem Artikel „Krieg, Strafrecht und

Die Benzinstation

Ein amerikanischer Roman

Von Sinclair Lewis

II.

Claire entschlüpft traditioneller Aschbarkeit

Claire Voltwood wohnte in Brooklyn auf den Heights. Leute in New York und andern Teilen von Middle-West glaubten, wie man oft hört, daß Brooklyn irgendwie spaßig sei. In Highblättern und Pöfeln wird es so dargestellt, daß Leute, die bereit sind, ihre Lebensanschauungen aus diesen Quellen zu schöpfen, glauben, die tonangebenden Einwohner von Brooklyn wären alle Geißliche, Zeichenbestatter und Hebammen. Tatsache ist, daß North Washington Square in seinen fashionablen, prächtigsten und elegantesten Teilen nicht so aristokratisch ist, wie jener Bezirk von Brooklyn, der die Heights genannt wird. Hier predigte Henry Ward Beecher. Hier, in Häusern gleich Mansions, auf den Dächern oberhalb der Docks, wo die guten Schiffe anlegen aus Surabaja und Singapur, herrschten die Herren der tausend Segel. Und immer noch ist es der Ort eines Reichthums, der zu gediegen ist, als daß er die lebhafteste Selbstplakatierung von Fifth Avenue nachahmte. Hier wohnte die fünfte Generation der Besitzer ganzer Komplexe von Giebereien und Schiffswerken. Hier, in einem großen Ziegelhaus von gar würdigen und häßlichem Aussehen, wohnte Claire Voltwood mit ihrem verwitweten Vater.

Henry B. Voltwood war Vizepräsident eines Unternehmens für Eisenbahnlieferungen. Er war weder reich, noch weniger war er arm zu nennen. Jeden Sommer, trotz allen guten Willens seiner Tochter Claire, mieteten sie das selbe Landhäuschen an der Küste von Jersey und Herr Voltwood kam über den Sonntag hinaus.

Claire hatte eine gute Schule besucht. Sie war an graziosen Mäßiggang, reizvolle Zweckmäßigkeit, mandelgefüllte Schokolade und an ein gewisses neugieriges Staunen gewöhnt, weswegen sie eigentlich lebe.

Sie wollte reisen, doch ihr Vater konnte niemals abkommen. Er verbrachte systematisch seine Tage damit, sich zu überarbeiten und seine Abende damit, daß er wünschte, er hätte sich nicht überarbeitet. Er war anziehend und munter, hatte rote Backen und einen weißen Schnurrbart, und an seinen Nerven hatten die Jahre allfälliger Plackerei gezerrt.

Claire's Ambition war es einst gewesen, Kinder und einen ordentlichen Ehemann zu bekommen; aber als verschiedene junge Männer dieser Art vor ihr erschienen, ihre Locklieder sangen und das kürzlich chemisch gepuhte Gefieder ausbreiteten, da fand sie, daß es mit ordentlichen jungen Männern die eine Schwierigkeit hätte, daß sie so ordentlich wären. Obwohl sie sehr gern tanzte, langweilte sie „der Tänzer“. Auch verstand sie die im Kreise der intellektuellen üblichen Zitterungen nicht sehr gut; sie konnte gut ein Symphoniekonzert anhören, aber sie hatte wenig Glück, wenn die großen Flöten bestritten wurde, in der das Hauptmotiv von den Flöten aufgegriffen wird. Es ist geschichtlich festgestellt, daß sie einen Doktor der Musikgeschichte mit einer alten Weige, einem erlesenen Geschmack in Kravatten und einem Einkommen von achttausend Dollar abgewiesen hatte.

Der einzige Mann, der sie beschäufigte, war Geoffrey Sarton, in all den untereinander wohlbekanntesten Gesellschaftskreisen von Brooklyn Heights als „Jeff“ bekannt. Jeff Sarton war neununddreißig und Claire dreißig. Er war sauber und ruhig; er hatte anscheinend weder Laster noch Lannan. Eigens für Jeff schien das symbolische Jadedeck gefunden worden zu sein, die kalten graue Soße und die moralische, ungefähre Welle. Er hatte eine Universität von gutem Ruf absolviert und er hatte eine gute Stimme, eine gute Familie, gute Hände und guten Erfolg bei einem New Yorker Kupferunternehmen. Nichts freude, kluge oder arme Leute fragten an ihn, so sah sie Jeff, ehe er antwortete,

kühl von oben bis unten an, und dabei fühlten sich manche so unbehaglich, daß er oft nicht mehr zu antworten brauchte. Die Wurzeln in Claire's Alter, die sich im Geschäft geschickt anstellten und täglich um halb sieben in Abendkleide warfen, leicht in Liebe entbrannten und heftige Bewunderer ablesischer Heiden waren — diese Wurzeln fand Claire amüsant, aber schwer von einander zu unterscheiden. Bei Jeff Sarton blieb ihr diese Mühe erspart. Er unterschied sich von selbst. Jeff kam — nicht allzu oft — auf Besuch. Er sang — nicht allzu sentimental. Er führte sie und ihren Vater ins Theater — nicht allzu verschwenderisch. Er erzählte Claire — in nicht allzu erstem Ton —, daß sie seine behelmte Athene sei, seine schönste Rose der Welt. Er informierte sie über seine materielle Lage — nicht allzu eingehend. Und er war so immerwährend, so beständig, so ruhig, so höflich, so unerträglich immer da.

So sah sie das mächtige, plumpe Schiff des Ehestandes auf das zerbrechliche Rennbrot ihres Strebens zutreiben und steuerte umher in verzweifelten Kreisen.

Dann erlitt ihr Vater den nervösen Zusammenbruch, den er so reichlich verdient hatte. Der Arzt verschrieb Ruhe. Claire übernahm die Pflege. Er wollte nicht reisen. Jedenfalls wollte er nicht ans Meer oder in die Berge der Adirondacks. Da jedoch ein Zweig seiner Gesellschaft in Minneapolis war, lockte ihn Claire wenigstens dahin.

Claire hatte den Kreis ihrer Freundinnen oft zu lenken verstanden, in all den untereinander wohlbekanntesten Gesellschaftskreisen von Brooklyn Heights als „Jeff“ bekannt. Jeff Sarton war neununddreißig und Claire dreißig. Er war sauber und ruhig; er hatte anscheinend weder Laster noch Lannan. Eigens für Jeff schien das symbolische Jadedeck gefunden worden zu sein, die kalten graue Soße und die moralische, ungefähre Welle. Er hatte eine Universität von gutem Ruf absolviert und er hatte eine gute Stimme, eine gute Familie, gute Hände und guten Erfolg bei einem New Yorker Kupferunternehmen. Nichts freude, kluge oder arme Leute fragten an ihn, so sah sie Jeff, ehe er antwortete,

Aus dem Inhalt

- Politik und allgemeiner Teil:
 - Skandalöse Ausbeutung der Lübecker Kindertragödie.
 - Die Ratten.
 - Brüning verhandelt mit den Parteiführern.
 - Grimme greift ein!
 - Erzinski und Severing warnen die Dutzschisten.
 - Preußen macht Ernst gegen Kartellmouche.
- Tageblätter:
 - Antonia.
 - Verkehrsgeschichte und Verkehrsstarf.
 - Aufruf an die hamburgische Bevölkerung.
- Feuilleton:
 - Fraserbaum und Trauerblumen.
 - Mütter.
- Aus aller Welt:
 - Das französische Eisenbahnunglück.
 - Erdbeben in Albanien.
- Hafen und Schifffahrt:
 - 13 Seelente Opfer des letzten Sturmes.
- Gewerkschaftliche Umstände:
 - 60-Stunden-Woche in den schleswig-holsteinischen Provinzialpflegeanstalten.
- Frauenrede. — Schachede:

Zuhause, im Ofen, hatten sie einen Chauffeur und zwei Wagen — die Limousine und den Gomez-Deperdussin-Reisewagen, Claire's Liebling. Sie meinte, wenn sie keinen Chauffeur mitnahm, so wäre dies eine radikale Abkehr von all dem, was zu Herrn Voltwoods Herzen noch von der alten Männerherrschaft flüstern konnte. Ihr Vater fuhr niemals selbst, aber sie konnte es und sie bestand darauf. Er beobachtete sie mit unterwürfigen Blicken. Sie ließen sich den Gomez-Reisewagen aus New York kommen.

An einem Julimorgen fuhr sie bei Rebel von Minnesota fort und, wie bereits angedeutet wurde, blieben sie sechzig Meilen weit nördlich davon im Regen und auch im tiefen Gumbo stecken. Anscheinend sollte dieser ozeanisch nasse Rain eines Kornfeldes zwischen Schoenstrom und Gopher Prairie, Minnesota, ihre größte Annäherung an den Pazifischen Ozean bleiben. (Fortsetzung folgt.)

Außenhandel" gegen die Auffassung des Berliner Tageblatts Stellung zu nehmen.

Herr Wallroth behandelt die Frage des Handels mit dem Feinde vom juristischen Standpunkt und kommt dabei zu Ergebnissen, die jedem gesunden Empfinden ins Gesicht schlagen.

„Zieht man dies in Betracht, so wird man sagen können, daß Deutschlands Ausfuhr nach den uns heute feindlichen Ländern fast die Hälfte der deutschen Gesamtausfuhr darstellt.“

„Denken wir nun, daß im Jahre 1916 einige Monate allein bis zu 250 000 Tonnen Eisen und Stahl monatlich aus Deutschland ausgeführt wurden, so können wir nach den Angaben des Herrn Dr. Wallroth etwa ermessen, wieviel deutscher Stahl den Weg ins feindliche Ausland und bis in dessen Schützengräben gefunden hat.“

Das Stahlhelm-Buch von Jüze, „Generäle, Händler und Soldaten“ sagt auf Seite 110:

„Dann flog in der Offsee ein deutsches Torpedoboot oder ein Patrouillenfahrer seinen Scheinwerfer in die Nacht, und die drüben auf dem Schiff sagten: Gott sei dank, da ist er! Dann ging es nach Swinemünde, dann wurde ausgeladen, dann war verdient.“

Die englischen Handelsschiffe, die mit Waren von Deutschland beladete waren, wurden also, wenn die Telegramme aus London an die richtige Stelle gelangten, auf hoher See von einem Torpedoboot oder Patrouillenfahrer abgeholt und sicher durch die Minenperre in einen deutschen Hafen geleitet.

Daß er selbst während des Krieges solche Schiffe abgeholt habe, und daß nach seinen eigenen Beobachtungen diese Schiffe, nachdem sie in deutschen Häfen entladen waren, neu mit anderem Material, darunter auch mit Stacheltrakt, der für Rußland bestimmt war, beladen wurden und zum „Feinde“ zurückkehrten.

Das waren die „Ratten“ aller Länder, die sich unterstehen, um von den Leichen zu leben, wie es die Wölber Jüze trotz aller richtig ausgesprochen hat.

Am dem Sonntag, der dem Gedächtnis der Toten gewidmet ist, wollen wir uns auch dieser Vorgänge erinnern. Doch nicht nur am Totensonntag!

Grzeffinski spricht zum Berliner Reichsbanner

Gefahr ist im Verzuge!

Helfersbühler der faschistischen Konterrevolution

Der Ortsverein Berlin-Kreuzberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete heute abend sein diesjähriges Herbstfest. Polizeipräsident, Staatsminister a. D. Grzeffinski, hielt die Reden, in der er unter anderem sagte:

Ich würde zu Ihnen und vor mir verantwortungslos handeln, wenn ich heute nicht offen aussprechen würde, daß Gefahr im Verzuge ist. Ich verheide dabei unter Gefahr nicht das übliche Geschwätz von Putsch und Staatsstreich. Ich halte auch die Nazis keineswegs für eine große Gefahr.

Eine sehr viel größere Gefahr für Volk und Staat sehe ich darin, daß große Teile des Bürgerlums, aber auch Teile der Arbeiterschaft, von einer Panik befallen sind, die sie zu Helfersbühler der faschistischen Konterrevolution macht.

Was die Kommunistische Partei in bald zwölftägiger Tätigkeit an Schwächung und Zerschlagung der republikanischen Front und speziell der Front der Arbeiterklasse geleistet hat, gehört zu den ablestigen Kapiteln politischer Geschichte. Wir wollen aber auch die andern Helfersbühler aus dem Bürgerlums nicht vergessen, die aus brennendem Haß gegen die Sozialdemokratie lieber politischen und sozialen Selbstmord begehen, als sich mit der Sozialdemokratie in vernünftige Verhandlungen über die Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters einzulassen. Anders als in Italien liegen die Verhältnisse in Deutschland, und der deutsche Faschismus wird ganz bestimmt nicht eine Diktatur nach der Art Mussolinis ausüben können. Leider wird er

fürchterliche Erschütterungen hervorrufen, die unter Umständen Bürgerkrieg und nationalen Verfall nach sich ziehen können. Wir müssen daher unsere Aktivität vervielfachen. Unser Kampf gilt den Gegnern der Republik.

Severing gegen den Fatalismus der Krämerieelen

SPD, Berlin, 22. November.

Auf einer Tagung der staatlichen Polizeiverwalter Preußens im preussischen Innenministerium erklärte Innenminister Severing unter anderem in einer Rede:

Der vor uns liegende Winter wird uns aller Voraussicht nach keineswegs Erleichterungen der weltwirtschaftlichen und damit

auch der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands bringen. Deutschland leidet nicht nur unter den Kassen, die uns der Youngplan als Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg auferlegt hat, sondern ist von der allgemeinen Weltwirtschaftskrise der Industrieländer der Erde mit ergriffen. Diese Erkenntnis, die so oft von der radikalen Aktion vernebelt wird, zu verbreiten, ist auch Aufgabe der Polizei.

Weiter muß die Polizei sich bewußt sein, daß die Aktionen der radikalen Rechten und Linken vor allem auf dem wirtschaftlichen und sozialen Elend beruhen, das unser Volk betroffen hat.

Hunger und Pestilenz sind die wirklichen Feinde, die es zu bekämpfen gilt.

Sungende und Frierende sind am leichtesten geneigt, den Verdächtigungen der radikalen Gegner des heutigen Staates zu folgen und sich zu ungesellichem Tun und Gemaltheiten hinreißen zu lassen. Schwere Polizeimaßnahmen sind die ultima ratio (letzte Mittel) des Staates.

In seinen weiteren Ausführungen wies der Minister darauf hin, daß zum politischen Fatalismus kein Anlaß vorläge. Zwar wolle er den Erfolg der Nationalsozialisten am 14. September keineswegs unterdrücken, aber schließlich sei dadurch auch in Deutschland nicht die Welt auf den Kopf gestellt.

Nur feiger Fatalismus von Krämerieelen, die nicht gewohnt seien, für Ideen zu opfern, würde vor politischem Unverstand kapitulieren.

So stark auch die radikalen Parteien bei den letzten Reichstagswahlen geworden seien, unter ihnen stände nicht die Mehrheit des deutschen Volkes und würde sie auch in Zukunft nicht stehen. Des-

halb gelte es, die Dingen nicht zu folgen, sondern ihnen mit Zuversicht und Sicherheit entgegenzutreten. Der der Nationalsozialisten oder Kommunisten würde den Unter der wirtschaftlichen inner- und außenpolitischen Freiheit Deutschlands bedeuten.

Es müßten also, so betonte der Minister, in den vor uns liegenden schweren Monaten alle Mittel der Aufklärung erschöpft werden. Über daran dürfte kein Zweifel gelassen werden, daß gegen Gemaltheiten es nur ein scharfes Eingreifen der politischen Macht des Staates gebe.

Gegen Angefehltheiten, gegen Gewalt müßte der Staat mit seinen Machtmitteln seinen Willen zur Geltung bringen. Unverantwortliche Elemente dazu herausfordern, solle nicht scharf durchgegriffen werden. Die Polizeiverwalter werde verlässliche der Minister, dabei stets die volle politische und parlamentarische Deckung durch den Minister finden. Grundhalt aber auch bleiben, daß der Schutz des Staates und der Behörden Aufgabe des Staates und seiner Organe sei.

Hitler wird vom Reichsbanner gestiftet

SPD, Magdeburg, 22. November.

Wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, soll 18. Dezember Adolf Hitler in Magdeburg in einer öffentlichen Versammlung sprechen. Ortsvereine und Gau Magdeburg Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold haben beschlossen, Hitler bei der Diskussions-entgegenzutreten. Die Absicht der Reichsbanner ist es, die Nationalsozialisten und des „Hitler“ an den italienischen Faschismus seien vom nationalen Standpunkt aus so befremdlich, daß darüber eine öffentliche Auseinandersetzung herbeigeführt werden müsse. Die Begleitumstände der Annäherung der beiden deutschen nationalsozialistischen Organisationen an den Faschismus bedürften nach verschiedenen Seiten hin einer reflektierten Aufklärung.

Preußen macht Ernst gegen Kartellwucher

Erste Anwendung der Kartellverordnung Berliner Brotsfabrikantenvereinigung als Preisverfeurer

Im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger wird die folgende Anordnung des preussischen Staatsministeriums über Unterlegung von Preisbindungen zwischen den Brotsfabrikanten Groß-Berlins auf Grund der §§ 1 und 4 des fünften Abschnittes der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 veröffentlicht:

„Es wird unterlag, die Satzungsbestimmungen der Vereinigung der Brotsfabrikanten Groß-Berlins e. V. in der Art durchzuführen, daß für die Mitglieder der Vereinigung verbindliche Preise für den Verkauf von Brot festgesetzt werden. Ferner werden Handlungen unterlag, die unmittelbar oder mittelbar im wesentlichen den wirtschaftlichen Erfolg herbeiführen geeignet sind, wie die vorgenannte Preisfestsetzung; insbesondere wird unterlag, Empfehlungen auszusprechen, die sich auf die Art der Preisfestsetzung oder die Förderung von Preisen für Brot beziehen, sowie einen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Druck im Sinne der Befolgung derartiger Empfehlungen anzuwenden. Für den Fall der Zuwiderhandlung werden Ordnungsstrafen vorgezogen.“

Wir begrüßen diese Maßnahme der preussischen Regierung, die damit wieder den Beweis liefert, daß sie gewillt ist, die Aktivität und die Energie zu entfalten, die in der gegenwärtigen Situation oberstes Gebot einer republikanischen Regierung ist. Die Vorgänge, die das Einschreiten der preussischen Regierung und die erste ernsthafte Anwendung der Kartellverordnung überhaupt herbeiführen, sind: Die Vereinigung Berliner Brotsfabrikanten, der 70 Berliner Firmen angehören, hatte ein Ausschlußverfahren gegen zwei ihrer Mitglieder durchgeführt, weil diese sich nicht an die Kartellpreise der Brotsfabrikanten halten wollten.

Während die Berliner Bäckereien das 1250-Gramm-Brot

40 Pfennig verkaufen, hat die Vereinigung Berliner Brotsfabrikanten einen Preis von 48 Pfennig festgelegt. Die beiden Brotsfabriken des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold haben beschlossen, Hitler bei der Diskussions-entgegenzutreten. Die Absicht der Reichsbanner ist es, die Nationalsozialisten und des „Hitler“ an den italienischen Faschismus seien vom nationalen Standpunkt aus so befremdlich, daß darüber eine öffentliche Auseinandersetzung herbeigeführt werden müsse. Die Begleitumstände der Annäherung der beiden deutschen nationalsozialistischen Organisationen an den Faschismus bedürften nach verschiedenen Seiten hin einer reflektierten Aufklärung.

Nichtlinien für Gemüse- und Obstpreise

Unter Führung der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen sind neuerdings Grundzüge für die Preisbildung von Gemüse und Obst festgelegt worden. Sie zielen darauf hin, die Spanne zwischen den Groß- und Einzelhandelspreisen zu verringern. Für Berlin ist eine Regelsatzung erlassen, die die Preisbildung der städtischen Markthandelspreise, die eine Kommission täglich „angemessene“ Markthandelspreise ermitteln soll. Dabei sollen Transport, Verberb und verlässlichkeit berücksichtigt werden. Die sogenannten angemessenen Preise werden in geeigneter Weise auch durch Rundfunk bekanntgegeben.

Die Reichsforschungsstelle wird sich mit dem Städtetag darüber verständigen, daß eine ähnliche Regelung auch in anderen Großstädten getroffen wird.

Aufruf der Gewerkschaften

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsjugend deutscher Arbeiter, Zöglinge und Beamten-Verbände, der Deutsche Beamtenbund vertreten einen Aufruf zur Mobilisierung, in dem es unter anderem heißt:

„Die schwere soziale Krise der Gegenwart bedroht immer weitere Kreise des deutschen Volkes mit Hunger und Elend. Es erfordert gebieterisch den nachdrücklichsten Einsatz aller Abwehrkräfte. Neben die Verhärzung der Arbeitszeit in die andern Maßnahmen zur Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes muß die Sorge um die Erhaltung der Volksgesundheit treten. Die von der Regierung eingeleitete Aktion zur Senkung der Preise muß gefördert werden, insbesondere für die Lebensmittel und Gegenstände des Massenbedarfs.“

Zur Förderung dieser hier gekennzeichneten Aufgaben fordern die unterzeichneten Spitzenverbände ihre Mitglieder auf, sich ihrer Durchführung zu beteiligen. Darauf ergeht unsere Aufforderung an alle untere Mittelstufen: Organisiert eine Abwehr zum Bekämpfung der ungerecht hohen Spannungsunterschiede. Stellt Euch den Verbänden zur Verfügung! Sichert Euch vor Überforderung durch ständiges Vergleichen der Preise von Laden zu Laden. Wechselt die billigsten Preise mit ihren Bezugswerten, damit das Hauskauf weiß, wo sie am wohlfeilsten einkaufen kann!

Preußens Etat für 1931

Der preussische Haushaltsplan für 1931 balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit einem Betrage von 3972 Millionen Mark. Einnahmen und Ausgaben sind damit um 384 Millionen Mark geringer als die entsprechenden Summen des Etats für 1930.

Im einzelnen werden für das kommende Haushaltsjahr die laufenden Einnahmen auf 3775,7 Millionen Mark, die einmaligen Einnahmen auf 194 Millionen Mark angelegt, die dauernden Ausgaben auf 3693,9 Millionen Mark und die einmaligen Ausgaben auf 278,8 Millionen Mark. Die Ersparnis ist bei den persönlichen und landwirtschaftlichen Ausgaben wegen der Finanznot des Staates in sehr erheblichem Umfange durchgeführt worden.

In eingehenden Ausführungen legt der Etat dar, daß die Einnahmen des Staates sich durch geringere Ueberweisung an Reichssteuern, geringeres Einkommen an Landessteuern wegen der schwierigen Wirtschaftslage und die geplante Senkung der Realsteuern erheblich vermindern werden, während andererseits wegen der zu erwartenden Steigerung der Wohlfahrtslasten bei den Gemeinden der Ausgabenbedarf ein etwas höherer sein mußte. Es habe sich nach Durchführung von Abschnitten schließlich darum gehandelt, einen Gebührebeitrag von 144,1 Millionen Mark aus der sechsprozentigen Gehaltskürzung der Beamten einschließlich der Kürzung der Mieten und Ministergehälter, 17,1 Millionen Mark aus Abschnitten bei den Gehaltskürzungen und andern jährlichen Ausgaben der Verwaltung, 40 Millionen Mark durch Kürzung der einmaligen Ausgaben, wobei vor allem Bauein- und -ausgaben betroffen werden, etwas über 1 Million Mark durch Kürzung der für persönliche Ausgaben bestimmten Unterhaltszuschüsse an nichtstaatliche Körperschaften.

Bei der beabsichtigten Senkung der Hauszinssteuer um 3% für 1931 blieben an Reibungsmitteln nur noch 291 Millionen Mark.

Die Absicht des Reiches, für 1932 den Ländern die Einnahmen aus der Belastung von Bier- und Branntwein zu geben, und dafür ihre Beteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer herabzusetzen, stöße auf den einmütigen Widerstand der Länder.

Die landwirtschaftliche Grundvermögenssteuer wird um 10% gekürzt, und um etwa 20% soll die Gewerbesteuer geringer werden. Der für die Kommunen entfallende Ausfall soll vor allem durch die neuen Kommunalsteuern nach der Verordnung des Reichspräsidenten gedeckt werden, die für Preußen 1931 etwa 200 Millionen Mark erbringen sollen. Man plant, den Gemeinden allgemein auch das Recht zur Erhebung von Zuschlägen zum Landeszins für die Bürgersteuer einzuräumen. Die Ersparnisse der Gemeinden aus der Gehaltskürzung werden mit 80 Millionen Mark angegeben.

Mecklenburg-Strelitz kommt zu Preußen

Geetzesvorlage auf Vereinigung zum 1. April

SPD, Neustrelitz, 22. November.

Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz hat dem Landtag eine Vorlage über den Anschluß des Landes an Preußen zugehen lassen. Die Vorlage sieht als Termin der Vereinigung den 1. April 1931 vor.

Die Gebiete Stargard und Rügen sollen nach dem Plan der Regierung den benachbarten Provinzen angegliedert werden. Die drei Ämter von Mecklenburg-Strelitz würden dann als preussische Kreise innerhalb dieser Provinzen übernommen werden. Preußen soll bei der Uebernahme des Staatsvermögens die Hälfte der Schulden und Grundzinsen erlassen und die andere Hälfte gegen eine billige Abzulieferung in etwa zehn Jahren freigeben. Der zu bildende Gemeindefinanzverband soll für zehn Jahre von der Grundvermögenssteuer befreit werden. Außerdem soll Preußen noch einige kleinere Verändlichkeiten übernehmen.

Todeskampf der Freiheit:

Die industrielle Krise

Von Pietro Nenni

Man macht großes Ruhmen davon, daß das Staatsbudget im Gleichgewicht sei. Aber die Sachverständigen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieses Gleichgewicht nur durch die läugerische Aufmachung des Budgets erreicht wird, ohne in Wirklichkeit vorhanden zu sein. Im übrigen wird das Land von dem Steuerdruck fast erdrückt. Das laufende Budgetjahr, für das man einen Ueberschuß veranschlagt hatte, wird ein Defizit von mindestens einer Milliarde Lire aufweisen.

Diese finanziellen Ergebnisse haben nichts Ueberraschendes, denn der Faschismus ist ein sehr kostspieliges Regime. Um an der Macht zu bleiben, muß er außer der regulären Armee eine Parteimiliz erhalten, die dreihunderttausend Soldaten und elftausend Offiziere zählt. Dazu kommen die Ausgaben für die zahlreiche Polizei im In- und Auslande. Seit er zur Regierung gelangt ist, hat der Faschismus beständig Schulden auf Schulden gehäuft. Die innere Schuld ist von 84 541 Millionen Lire im Jahre 1925 auf 98 401 Millionen Lire am 30. Juni 1928 angewachsen.

Die Finanzlage der Gemeinden und Provinzen ist noch kritischer als die des Staates. Um Straßen, Brücken und Denkmäler zu bauen, die vielfach nur eine Gelegenheit zur Bereicherung der faschistischen Beamten oder Unternehmern werden, ist auf dem internationalen Markt Geld zu oft sehr ungünstigen Bedingungen aufgenommen worden. Einem früheren faschistischen Minister zufolge sind die Schulden der bloßen Provinzialhauptstädte vom 1. Januar 1925 zum 1. Januar 1928 von 3000 auf 5481 Millionen Lire an-

gewachsen. Allein auf dem nordamerikanischen Geldmarkt hat das faschistische Italien Anleihen für mehr als 400 Millionen Dollar aufgenommen.

Das Defizit der Handelsbilanz, das im Jahre 1924 sich auf 643 Millionen Lire belief, ist im Jahre 1926 auf 930, im Jahre 1927 auf 1254 und 1928/29 auf 2047 Millionen Lire gestiegen.

Gleichzeitig sind die Ausgaben der Touristen in Italien um 40% gestiegen, obwohl der Faschismus das Wunder vollbracht hat, daß die Jäger rechtzeitig entziehen. Auch die Ersparnisse der Auswanderer fließen immer spärlicher, und die Einnahmen der Handelsmarine gehen zurück. So steht es katastrophal um die internationale Zahlungsbilanz des Landes.

Ueber die industrielle Krise, die sich aus der Stabilisierung der Lire zu einem aus Gründen politischen Prestiges zu hoch angelegten Wert ergeben hat, braucht nichts gesagt zu werden. Liegt sie doch ganz offen zutage.

Es bliebe also die Landwirtschaft. Man redet von ihrer Wiederergeburt. In der Tat hat die faschistische Regierung, nach einer Politik der Industrialisierung um jeden Preis, während der es hieß, daß Italien kein großes Land sein werde, ehe nicht der Rauch seiner Fabriken seine Sonne verdunkelte, sich zur Politik der „Verländlichung“ bekehrt. Man hat ein großes Geseh für die Urbarmachung ausgearbeitet. Es ist ein ausgezeichnetes Geseh, das die Sozialisten bereits vor dreißig Jahren vorgeschlagen hatten, aber zu seiner Verwirklichung gehören Milliarden, die der Staat

nicht hat. Mit diesem Geseh verfolgt der Faschismus einen politisch-wirtschaftlichen Zweck, nämlich den, den Getreidebau so sehr zu vermehren, daß Italien für sein Brotkorn vom Ausland unabhängig wird. Weiter hat es bevölkerungspolitische Absichten im Auge. Durch den großen Bedarf an Arbeitskräften der Bonifizierungswerke hofft der Faschismus einerseits die Städte zu entlasten, andererseits die Geburtenziffer zu heben. Der dritte Zweck ist auf eine Umwidmung der sozialen Kräfte gerichtet, im Sinne einer Politik auf weite Sicht: durch Ueberwinden des ländlichen Elements hofft man dem staatlichen Leben eine stabilere Grundlage zu geben.

Einstweilen hat diese „Verländlichung“ keine glänzenden Erfolge aufzuweisen, denn hier, wie in allem, was er angreift, geht der Faschismus ohne einheitlichen Plan, nach augenblicklichen Einfällen und Launen vorwärts.

So liegt die Krise auf allem. Man betrachte das Handelsportefeuille der Banca d'Italia, das von 2999 Millionen Lire im Jahre 1925 auf 1705 Millionen Lire am 30. September 1928 gesunken ist.

Eine Politik auswärtiger Anleihen, die jede vernünftige Grenze übersteigt, die auf Grund politischer Erwägungen erfolgte Stabilisierung des Geldes auf einem wirtschaftlich kaum anrechtzuerhaltenden Stande, erdrückende Steuerlast, Zerrüttung der industriellen Organisation und Verlust der auswärtigen Märkte bei sinkender Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes, Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit, die die Veredelung der Auslandsnachfrage noch vermehrt: das sind die finanziellen und wirtschaftlichen Ergebnisse der faschistischen Diktatur.

In den italienischen Zeitungen findet man häufig trostlose Geschichten von Arbeitern, die, um der Galeere Mussolinis zu entkommen, sich in den Frachtschiffen verstecken, wo sie durch Gase vergiftet, ja sogar von Wägen verdrängt worden sind. Im Winter fand man auf den Alpenpässen

erfrostene Menschen, die dort zusammengebrochen waren; es sind heimliche Zustände. Von Zeit zu Zeit entspringen sich regelrechte Schlachten auf den Alpenpässen der Grenz zwischen der Miliz und jenen Ungläublichen, die um jeden Preis ihrem Vaterlande entfliehen wollen. Gerade in diesen Tagen hat man am Col Saint Theodule eine sterbende Frau gefunden, ihr vierjähriges Kind an sich gepreßt, um es zu schützen gegen die Kälte, die Kind und Mutter mit dem weißen Leichentuch aus Schnee zudeckte.

Auf einer Seite Verzweifelte, die ihr Leben aufs Spiel setzen, um in der Fremde ein Stück Brot zu finden; auf der andern der frohe Luxus der neuen Reichen, die das Unglück ihres Vaterlandes ausbeuten: das ist das Italien des Faschismus.

Henri Bréard hat unlängst, nach einer Reise durch Italien, festgestellt, daß die Italiener heute kein anderes Recht mehr genießen als das, Frankreich zu beschimpfen. Er hätte ein zweites Recht erwähen können, nämlich das Recht, sich über den Faschismus lustig zu machen.

Was kann denn eine herrschende Klasse, die die Geburtenziffer forcieren will, die Auswanderung verbietet und der Bevölkerung alle erdenklichen Beschränkungen auferlegt, zur Rechtfertigung ihrer Politik anführen, wenn nicht die Notwendigkeit, die Nation auf einen Krieg vorzubereiten?

Mussolini sagt zum Volk: Du liebst, aber das geschieht für das Vaterland. Ich lege dir eine eiserne Disziplin auf, aber ich will dich auf den Weg der Glorie treiben. Und ein Teil der heutigen Jugend bekannt sich zu diesem Tauschen und spendet Beifall.

Wäre der Faschismus lediglich eine Bewegung politischer Reaktion gewesen, so wäre er kläglich gescheitert. Niemals hätte er jene Zustimmung der Mittelklasse erlangt, durch die er zum Siege geführt wurde, wenn er sich nicht als der Rächer wirkte über vermeintlichen Unrecht eingeführt hätte, das das Land während des Krieges oder nachher erlitten hatte. (Fortsetzung folgt.)



Auch Deine Sparkraft diene der Genossenschaft

SPARKASSE PRODUKTION

Tages-Bericht

Hamburg

Totentag!

Von Bruno Schönant

Totentag mit düsteren Farben, Zählt weinend wieder, die darin uns starben...

Die das schlagende Wetter der Grube traf, Die die Arbeit ließ in den letzten Schlaf, Die Krankheit schlug, die der Hunger verzehrte, Holde Jugend, die umsonst sich wehrte, Mürrisches Alter, das sich müde neigte, Wenn der Tod den letzten Abschied geigte...

Läßt uns ihre Hügel bekränzen Mit der Blumen letzten Sonnenglänzen!

Arbeitsprogramm der Bürgerschaft

Der Ausschuss, den die Bürgerschaft einsetzte zur Prüfung des Gefängnis-Gemeinschaftsvertrages zwischen den Ländern Braunschweig, Bremen, Hamburg, Lübeck und Oldenburg, hat sehr schnell gearbeitet. Bedenken und Fragen sollen bereits in der ersten Sitzung dieses Ausschusses soweit geklärt worden sein, daß er der Bürgerschaft mit großer Mehrheit die Annahme des Vertrages empfehlen will.

Zunächst gilt es wieder 11 Anfragen zu überwinden. Wesentlich ist die volksparteiliche Anfrage, die sich mit der Stellung der Hansestädte bei der kommenden Reichsreform beschäftigt. Der Senat wird befragt, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um eine einseitige Benachteiligung Hamburgs zu vermeiden. Da mit es wohl eine Debatte geben, wenn gleich uns das Thema Reichsreform, besonders aber der Reformvorschlag der Länderkonferenz, wenig aktuell erscheinen, da politische Schwierigkeiten und weltfremde Vorschläge die Lösung noch erheblich verzögern werden.

Kadefahrer, beaufichtigt eure Räder! In letzter Zeit mehren sich in ganz außerordentlichem Ausmaß die Fahrradabstürze. Den Uebeln wird das Handwerk dadurch besonders erleichtert, daß Fahrer ohne Aufsicht auf Straßen, Plätzen und in Treppenhäusern aufgestellt werden. Besonders wird darauf hingewiesen, daß sich in letzter Zeit Wanderbüchsen viele Fahrer aneigneten. Die Kriminalpolizei richtet die dringende Mahnung an die Fahrer, ihr Eigentum auch nicht für kurze Zeit irgendwo aufschlüssig aufzustellen.

Die Denkschrift der Hochbahn-Gesellschaft

Verkehrsrückgang und Verkehrstarif

Lage der Hochbahn A.G.

Der Verkehrsausschuss der Bürgerschaft hat wieder Arbeit. Die angekündigte Denkschrift über die Verhältnisse der Hamburger Hochbahn-Aktiengesellschaft Ende 1930 liegt vor. Sie wird dem Verkehrsausschuss über so wenig Überlegungen bieten wie dem Ausschussrat der Hochbahn, der am Sonnabend diese Denkschrift zur Kenntnis genommen hat. Doch, bevor wir Stellung nehmen, sei der wesentliche Inhalt der Denkschrift kurz bezeichnet.

Inhalt der Denkschrift

Ursache der Denkschrift ist der betrübliche Verkehrsrückgang auf den Verkehrsmitteln der Hochbahngesellschaft. Er hat zu Überlegungen in zwei Richtungen geführt. Einmal, ob dieser Verkehrsrückgang nicht wesentlich auf die Tarifsteigerung zurückzuführen und darum eine Ermäßigung am Platze sei und fobann, ob nicht etwa die finanziellen Verhältnisse der Hochbahngesellschaft gefährdet seien. Begehrlich, daß die Hochbahngesellschaft sich gegenüber bei den in der Öffentlichkeit angelegten Überlegungen nicht auf kurze Verlautbarungen oder Dementis beschränkt, sondern eine eingehendere Darstellung ihrer finanziellen Lage und der Tariffragen gibt.

Die Denkschrift geht dabei aus von der Entstehung der Hochbahngesellschaft. Wenn sie bei Abau und Bau anfängt, so hat das in diesem Zusammenhang den Wert, daß man sich über den Stand mit den aktuellen Fragen wieder einmal Auffassung über den Aufbau der Hochbahngesellschaft erhält. Uns mag hier der heutige Stand vor allem interessieren. Nach den geistlichen Vorarbeiten über die Goldmarkbilanz ergab sich am 1. Januar 1924 ein umgekehrtes Aktienkapital von 92 075 000 Goldmark, von denen dem Staate 34 575 000 Goldmark und den privaten Aktionären 52 715 500 Goldmark gehörten, während Aktien im Werte von 4 784 500 Goldmark der Gesellschaft verblieben.

Durch gesetzliche Regelung ist dem Staate trotz seiner Aktienmehrheit die Stimmenmehrheit in der Generalversammlung verblieben.

Entwicklung seit 1924

Nach der Inflation begann die Hochbahngesellschaft mit einem Fahrpreistarif, der sich im wesentlichen an den Vorkriegstarif anlehnte. Es war ein Staffeltarif von 10, 15 und 20 $\frac{1}{2}$ Vereits

im Jahre 1924 mußte eine Erhöhung auf 15, 20 und 25 $\frac{1}{2}$ vorgenommen werden. Diese Erhöhung war mit der Einführung der Fahrgehabgabe von 3 $\frac{1}{2}$ für jeden Fahrsteigen und von 12 $\frac{1}{2}$ % von den Zeitkarteneinnahmen verbunden. Diese Abgabe sollte zur Erweiterung der Verkehrsanlagen verwendet werden. Für die daraus fließenden Beträge sind dem Staate neue gesellschaftliche Aktien zu übergeben. Aus dieser Abgabe werden bis Ende 1930 rund 18 Millionen Mark erübrigt sein.

Die 18 Millionen Mark reichten aber nicht aus, um neben sonstigen Erweiterungen des Bahnnetzes die Kosten der neuen Untergrundbahnstrecke Kellinghusenstraße-Jungfernstieg voll zu decken. Die Hochbahn-Gesellschaft leistete darum 1929 einen mit 6 % verzinslichen Vorkauf von 8 Millionen Mark. Außerdem stellte auch der Staat einen Vorkauf von 1 Million Mark zur Verfügung. Bei der letzten Tarifregelung ist übrigens die Abgabe auf 2 $\frac{1}{2}$ für jeden Fahrsteigen und 8 % von den Zeitkarteneinnahmen herabgesetzt worden. Vor dieser letzten Tarifregelung, die mit Wirkung vom Oktober 1929 in Kraft trat und den Staffeltarif von 20 und 25 $\frac{1}{2}$ neben der Erhöhung der Zeitkartentempelle brachte, war vom 1. Juli 1928 an der Einheitspreis von 20 $\frac{1}{2}$ eingeführt worden, der sich aber auf Grund der finanziellen Entwicklung der Hochbahn-Gesellschaft nicht halten ließ.

Mit dem seit dem Oktober 1929 bestehenden Staffeltarif von 20 und 25 $\frac{1}{2}$ war eine jährliche Mehreinnahme von 4 871 000 $\frac{1}{2}$ erwartet worden. Dieses Ergebnis ist zunächst vermindert worden durch eine neue Lohnregelung, die eine jährliche Mehreinnahme von 2,2 bis 2,5 Millionen Mark ergab. Außerdem trat aber dann die rückläufige Verkehrsentwicklung ein, die auch — wie die letzten Monatsausweise beweisen — noch nicht unterbrochen ist. Während von 1924 bis 1928 die Zahl der Fahrgäste von 316 Millionen auf rund 357 Millionen stieg, wurden schon im Jahre 1929 nur mehr rund 342 Millionen Personen befördert. Für 1930 wird die Verkehrsziffer voraussichtlich nur wenig über 300 Millionen Personen betragen.

Der Verkehrsrückgang

Nach jeder Tarifsteigerung hat sich ein Verkehrsrückgang bemerkbar gemacht, der aber sehr bald wieder ausgeglichen wurde. Wenn der Verkehrsrückgang nach der letzten Tarifsteigerung nicht nur angefallen hat, sondern von Monat zu Monat weiter anließ, dann läge — wie folgen da den Darlegungen der Denkschrift — schon darin ein Beweis, daß die rückläufige Verkehrsentwicklung nicht vornehmlich in der Tarifsteigerung ihre Ursache hat. Es gibt

dafür noch andere Beweise. In der dritten und vierten Oktoberwoche des Jahres 1929, während derer der Staffeltarif von 20 und 25 $\frac{1}{2}$ bereits bestand, wurden 12 120 522 Personen befördert. In den gleichen Wochen des Jahres 1930 und unter dem gleichen Tarif betrug die Beförderungsziffer nur 11 105 206 Personen. Der Rückgang beträgt, ohne daß eine Tarifänderung eingetreten ist, also 8,4 %.

Nicht deutlicher kann bemerkt werden, daß die wachsende Arbeitslosigkeit Hauptursache dieses Verkehrsrückganges ist. Die Denkschrift bringt zum weiteren Beweis dafür auch noch eine aufschlußreiche Tabelle, aus der deutlich hervorgeht, wie die schwankende Zahl der Arbeitslosen sich jeweils widerpiegelt in der Zahl der beförderten Personen. So wird also durch gewissenhafte Berechnungen bestätigt, was auch die sozialdemokratische Bürgerparteiaktion immer ausgesprochen hat, daß nämlich der

Verkehrsrückgang überwiegend aus der wachsenden Arbeitslosigkeit zu erklären

ist. Vergleiche mit anderen deutschen Städten erweisen ein ähnliches. Auch in Städten in denen keine Tarifänderungen eingetreten sind wie Dresden, Leipzig, Hannover, Chemnitz, Düsseldorf und andern, zeigt sich ein zum Teil viel erheblicher Verkehrsrückgang als in Hamburg. Er beträgt beispielsweise in Hannover 12,7 %, in Düsseldorf 12,8 %, in Chemnitz 9,8 %, während er in Groß-Hamburg im Vergleich mit 1929 genau 10 % beträgt. In anderen Städten ist der Verkehrsrückgang noch erheblicher. In Berlin sind es 20,3 %, in Frankfurt a. M. 16 %, in Bremen 19 %, in Merseburg sogar 27,1 %, um nur wenige Städte zu nennen.

Gewiß ist dieser Vergleich kein Trost; er beweist aber, daß man sich auf dem Holzwege befindet, wenn man des Rückfalls Lösung, in einer Tarifermäßigung sieht.

Bei dem Verkehrsrückgang in Hamburg spielt auch die

Abwanderung auf die Vorortbahn

eine nicht unerhebliche Rolle. In der Denkschrift wird diese Abwanderung auf jährlich über 10 Millionen Personen veranschlagt. Die Denkschrift weist dabei darauf hin, daß nach sachverständigen Berechnungen der Betrieb der Hamburger Stadt- und Vorortbahn mit einem jährlichen Verlust von 4,5 Millionen Mark verbunden ist, der durch den Betrieb der Vorortbahn nicht ausgeglichen wird. Die Tarifermäßigung würde die Abwanderung auf die Vorortbahn nicht verhindern, sondern nur die Verluste vermindern. Die Tarifermäßigung würde die Abwanderung auf die Vorortbahn nicht verhindern, sondern nur die Verluste vermindern.

Finanzlage der Hochbahn A.G.

Wie stellt sich nun bei dieser Entwicklung die finanzielle Lage der Hochbahngesellschaft dar? Die Betriebseinnahmen betragen im Jahre 1929 rund 68,1 Millionen Mark. Für das Jahr 1930 werden sie auf 68,5 Millionen Mark geschätzt. Wenn nun auch die aus der Tarifsteigerung erwartete Mehreinnahme von 4,8 Millionen Mark nicht annähernd erreicht wird, so darf doch nicht auf einen Verlust in der Höhe der Differenz, also von etwa 4,4 Millionen Mark, geschlossen werden, da die Hochbahngesellschaft sich dem verminderten Verkehr durch Einschränkung der Betriebsleistungen anpassen mußte, also eine Senkung der Ausgaben eingetreten ist. Die durch Fahrpländeränderungen und anderer Betriebsbeschränkungen erzielte Ersparnisse belaufen sich im Vergleich mit dem Vorjahr im Straßenbahnbetrieb auf rund 7 %, der wagenkilometrischen Betriebsleistungen im Autobusbetrieb auf 7,1 % und im Hochbahnbetrieb auf 14 %. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß im Hochbahnbetrieb die festen Kosten überwiegen.

Nach allem rechnet die Hochbahngesellschaft für 1930 mit Gesamtausgaben in Höhe von rund 67 Millionen Mark, so daß ein Ueberschuß von 1,5 Millionen Mark verbleiben wird.

Selbst wenn noch gewisse Verschönerungen eintreten, ist zu erwarten, daß die Ausgaben des Jahres 1930 für die Untergrundbahnbauteile in den Colonaden und am Jungfernstieg gedeckt werden können. Ferner glaubt die Hochbahngesellschaft, daß, wenn die Verhältnisse sich nicht noch weiter verschlechtern, der Untergrundbahnbau mit der endgültigen Haltestelle Jungfernstieg bis zum Plan programmäßig fertiggestellt werden kann.

Es zeigt sich so, daß die finanziellen Verhältnisse des Unternehmens durchaus gesund sind.

Keine Tarifänderung

Vor allem interessiert die Öffentlichkeit sich nun für die Frage, ob eine Fahrpreiserhöhung möglich ist. Aus der Tatsache, daß der Verkehrsrückgang wesentlich ein Ergebnis der Wirtschaftskrise ist, läßt sich schon schließen, daß eine Tarifermäßigung, die ja an der Wirtschaftskrise nichts ändert, nur zu einer betrüblichen

Aufruf an die hamburgische Bevölkerung!

Ein schwerer Winter steht uns bevor. Die Wirtschaftskrise hat Tausende und aber Tausende arbeitslos machen lassen. Not und Elend in ungeheurer Ausmaß lassen auf den von ihr Betroffenen. Dabei steht

Weihnachten vor der Tür, das Fest der Kinder. Das niederdrückende Bewußtsein, ihnen, den unschuldigsten Opfern dieser Notzeit, nichts geben zu können, verdrängt die bange Sorge der Eltern um den Lebensunterhalt.

Ihnen zu helfen, beabsichtigt die Eltern-Gemeinschaft „Schulfortschritt“ ein Hilfsnetz zu veranlassen unter dem Namen „Kinder in Not! Weihnachtshilfswerk 1930 der Eltern-Gemeinschaft „Schulfortschritt“.

Zu diesem Zweck wird in der Zeit vom Sonntag, 30. November, bis Sonnabend, 6. Dezember 1930, in ganz Hamburg eine behördlich genehmigte Sammlung in den Säulenhallen und bei den Geschäftsleuten und am Aufschlußtage, Sonntag, 7. Dezember, eine Straßensammlung unternommen werden. Da aus dem Ertrag dieser Sammlung nur 50 Kinder bedürftiger Eltern mit Gaben bedacht werden sollen, werden die Unterstützungsanträge

mit Genehmigung der Oberbehörde in den Schulen angenommen und geprüft werden.

Geben sind erwünscht sowohl in Form von Bargeld nach Maßgabe des Einkommens des einzelnen oder in Form von Geschenken teilsens jener Geschäftsleute, deren Waren sich zu Geschenkzwecken für Kinder eignen.

Die Eltern-Gemeinschaft „Schulfortschritt“ bittet alle, die dazu in der Lage sind, dieses Hilfsnetz zum besten kräften zu unterstützen. Spenden werden entgegengenommen auf den numerierten und mit dem Namen und Stempel des Hilfsnetzes versehenen Listen, durch Verkauf einer von Künstlerhand entworfenen Postkarte oder mittels Sammelbüchsen. Die Quittsche werden von den mit Ausweis versehenen Helfern und Sammlern eingelesen, können aber auch an die Geschäftsstelle der „Arbeiterwohlfahrt“, Große Theaterstraße 44, II., gelangt werden. Außerdem sind Barbeiträge einzubringen bei der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte, dem Bankhaus Warburg, den Sparkassen von 1827 und 1864 und der „Produktion“, Postfachkonto wird eingereicht. Sämtliche Beträge werden erbeten auf das Konto „Kinder in Not“.

Gebt gern und freudig, es gilt, den Kindern eine Weihnachtsgabe zu bereiten!

Hamburg, den 23. November 1930.

Verein für Arbeiterwohlfahrt e. V. Eltern-Gemeinschaft „Schulfortschritt“.

Diesen Aufruf unterstützen: Bürgermeister Rudolf Roß, Präsident des Senats, Max Leuteritz, Präsident der Bürgerschaft, Von der Oberschulbehörde: der Präsens Senator Emil Krause, die Schulräte R. Ballerstedt, Dora Christiansen, Fr. Kühne, Max Zelek, Von der Jugendbehörde: der Präsens Senator Heinrich Eisenbarth, Direktor C. A. Hellmann und Direktor Dr. Hertz, Von der Wohlfahrtsbehörde: der Präsens Senator Paul Neumann, Präsident Martini, Die Geschäftsstelle der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens: K. Zeidler, 1. Vorsitzender, Der Schulbeirat: H. Brunkhorst und L. Korrell, Vorsitzende.

Advertisement for Ruhne-Kneifer and Ruhne-Senator-Brille. Includes images of glasses and text describing the products and prices.

Advertisement for 'Für unsere Frauen' (For our women). Features the text 'Das Arbeiterkind' and a list of names and addresses.

Advertisement for 'Merkblatt für unsere Frauen' (Leaflet for our women). Contains information about a women's association and its activities.

Advertisement for 'Mittwoch' (Wednesday). Lists various events and meetings for the day.

Advertisement for 'Die Gründer der Hausfrauenvereine' (The founders of the housewives' associations). Tells the story of the first housewives' association.

Advertisement for 'Mittwoch' (Wednesday). Lists various events and meetings for the day.

Advertisement for 'Mittwoch' (Wednesday). Lists various events and meetings for the day.

